

Redebeitrag auf der Veranstaltung „Eine einzigartige Chance“

Donnerstag, 13. November 2008, Aula 2 (Hauptgebäude Uni Köln)

Dieter Asselhoven

Wenn es in Deutschland um den Bau jüdischer Einrichtungen geht, um die sichtbare und selbstbewusste Präsenz jüdischen Lebens, gelten nach wie vor besondere Regeln in Politik, Medien und öffentlichem Diskurs. Besonders, wenn es sich um Bauwerke handelt, die unübersehbar Platz nehmen sollen im urbanen Zentrum.

Dass es so etwas wie Normalität nicht geben kann, weiß jedeR, der/die z. B. am 9. November an einer Gedenkveranstaltung in einer Synagoge teilgenommen hat – und ich meine jetzt nicht nur die immer noch nötigen obligatorischen scharfen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollchecks beim Betreten jüdischer Einrichtungen.

Wie soll es auch eine „Normalität“ geben können, wenn jede aktuelle Studie bestätigt, dass es breit verankerte, tief sitzende Vorbehalte gegen JüdInnen und Juden etwa in der Bevölkerung der EU gibt. Sie ist laut der Untersuchung des US-amerikanischen "Pew Research Center" vom September 2008 z. B. in Spanien dramatisch gewachsen. Gaben 2005 noch 21 Prozent der Befragten an, Vorbehalte gegen JüdInnen zu haben, hat sich deren Zahl bis 2008 mit 46 Prozent mehr als verdoppelt. Mehr als 50 Prozent der SchülerInnen der zweiten Bildungsstufe (12 bis 18 Jahre) in Spanien lehnen es ab, mit einem Juden/einer Jüdin im selben Raum zu sitzen und zusammenzuarbeiten. Und auch für die BRD ermittelt die Studie ein Ergebnis von 25 Prozent Ablehnung, Tendenz wieder steigend. Jüdinnen und Juden und ihre Forderungen werden nach wie vor als frech, unverschämt, unbescheiden konnotiert. Insofern ist die Verwendung des Begriffs einer angeblichen „Pogromstimmung“ gegen Manager im Umgang mit der Finanzkrise kein exotischer Fehlgriff, sondern auch bürgerlicher common sense.

Und das sind noch die harmloseren Beispiele. Diese Ressentiments bilden den Ansporn für noch Zugespitzteres. 800 einschlägige Straftaten mit antijüdischem Hintergrund hat die Polizei von Januar bis September bundesweit festgestellt. Eine weitere hat vergangenes Wochenende in Köln stattgefunden. Bundeskanzlerin Merkel sagte in ihrer Rede zum 9. November 2008 in der Synagoge Rykestraße dazu: "Gleichgültigkeit ist der erste Schritt, unverzichtbare Werte aufs Spiel zu setzen".

Von den Akteuren beim vordergründig städtebaulich oder architekturkritisch motivierten Streit um den Bau eines Jüdischen Museums in Köln muss also erwartet werden können, dass sie um diese Hintergrundstimmungen wissen und

verantwortlich damit umgehen. Das heißt, dass es z. B. Tabu sein muss, im politischen Streit so etwas wie Unterschriftensammlungen einzusetzen, die der angeblichen oder tatsächlichen authentischen „Stimme des Volkes“ im Umgang mit jüdischen Anliegen Ausdruck verleihen soll.

Nun hat es in Köln, der Stadt mit der ältesten jüdischen Gemeinde Deutschlands, äußerst bescheidene 20 Jahre gedauert, bis eine echte Chance für den Bau und Betrieb eines jüdischen Museums entstanden ist. Der in den 1980ern gegründeten „Gesellschaft zur Förderung des Hauses und Museums der Jüdischen Kultur“ folgte 1996 der heutige „Förderverein“. Mai 2006 beschloss der Rat der Stadt Köln gegen die Stimmen der CDU, dem Förderverein die von alliierten Bombenangriffen geschaffene Brachfläche am Rathausplatz kostenlos für den Museumsbau zu überlassen. Er beteiligte sich aber nicht an den Baukosten selbst. Der anschließende Wettbewerb für die Gestaltung des Baus an diesem Ort fiel eindeutig und überzeugend aus.

Genau hier, ins alte jüdische Viertel und für alle sichtbar, gehört das Museum auch hin.

Doch nun hob ein großes Wehklagen an. Der Bau sei zu ausladend, zu monumental. Der Platz würde „verschandelt“ – so der Beiratsvorsitzende der Eigentümergemeinschaft „An Farina“. Die „Kultur- und Aufenthaltsqualität“ in der archäologischen Zone sei durch ein jüdisches Museum gefährdet – so CDU-Fraktionsvorsitzender und Ex-Polizeichef Granitzka. Wie verräterisch. Granitzka kennt seine Klientel und unterstellt ihm, dass es durch eine jüdische Einrichtung in der Flanierzone gestört fühlen könnte und „schlecht drauf“ kommen könnte. Über welche Ressentiments weiß er Bescheid? Glaubt er, dass da, wo Touristenströme fließen sollen, die Erinnerung an deutsche Verbrechen stören könnte? Wir kennen die Parallele aus dem kleinlichen Gezänk von Bahnchef Mehdorn mit der Initiative für das Gedenken an die deportierten jüdischen Kinder in DB-Bahnhöfen.

Wahr bleibt, dass eine Aufenthaltsqualität durch das geplante Haus am Platz erst entsteht.

„Es kam noch schlimmer“ – wie die Jüdische Allgemeine Wochenzeitung schrieb. Der Chefredakteur des Kölner Stadtanzeigers schrieb am 24. Juni 2008 unter der Überschrift „Ein Verlust für die Stadt“: „Noch ist nur unterschwellig zu vernehmen, der Ort müsse mit Rücksicht auf die jüdische Gemeinde gewählt werden. ... (Aber) jeder Versuch, städteplanerische Entscheidungen durch Hinweis auf die deutsche Schuld gegen Kritik zu immunisieren, spielt denen in die Hände, die die Vernichtung der Juden relativieren.“ FAZ-Feuilletonist Andreas Rossmann entschlüsselte die versteckte Botschaft Sommerfelds. Was der Chefredakteur sagen wollte, sei das folgende: „Die jüdische Gemeinde schwingt die Antisemitismuskeule, macht damit sämtliche Einwände platt, und mache sich

mitten in der Stadt viel zu breit; daher müsse sie sich nicht wundern und ist es sogar selbst schuld, wenn Holocaustleugnung und Judenhass Konjunktur bekommen.“ Rossmann resümiert – zu Recht – aufgebracht: „Eine Stimmungsmache der besonders abgefeimten Art.“

Die Anstiftung funktionierte: Wochenlang füllten sich die Leserbriefseiten des Kölner Stadtanzeigers mit ablehnenden Zuschriften. Oberbürgermeister Schramma schwenkte um und organisierte eine so genannte Bürgerbefragung. Von 1749 Voten stimmten nur 111 dem Museumsbau uneingeschränkt zu. Sommerfeld hatte wohl einigen KölnerInnen aus der deutschen Seele gesprochen.

Die Kampagne lief einige Wochen und blieb von AntifaschistInnen und der antirassistischen Zivilgesellschaft weitgehend unbeachtet. Sie waren mit den Gegenmobilisierungen gegen den Pro Köln-Kongress und gegen deren Hetze gegen MuslimInnen beschäftigt.

Die Attacke zeigte partiell Wirkung bei den städtischen EntscheidungsträgerInnen. Der Stadtrat beschloss am 28. August 2008 gegen die CDU, die Gewinner des Architekturwettbewerbs mit der weiteren Planung für die archäologische Zone und das Museum zu beauftragen. Er ließ aber die Hintertür offen, dass der Museumsbau davon abhängig ist, dass die dafür veranschlagten 15 Mio. Euro durch private Spenden aufgebracht werden müssen. Die Kosten für die archäologische Zone werden hingegen durch die NRW-„Regionale 2010“ gedeckt. Was in anderen Städten wie z. B. Frankfurt befremdetes Kopfschütteln auslösen würde, in denen der Bau jüdischer Kultureinrichtungen als selbstverständliche Aufgabe des Gemeinwesens angesehen wird. Aber Köln will ja auch ein teures Fußballmuseum und muss wohl Prioritäten setzen...

Und die zweite Hintertür – oder eher ein hell erleuchteter Vordereingang, der alle geistig Armseligen und Ressentimentbeladenen zum Eintritt einlädt – ist die Ankündigung Granitzkas, das Jüdische Museum zum Thema der Kommunalwahl 2009 zu machen: „Ob die Ratsentscheidung bis zum voraussichtlichen Baubeginn 2010 Bestand hat, wird man sehen.“ Mensch scheut sich nicht, Anleihen bei den Methoden der rechtspopulistischen Konkurrenz aus deren Protest gegen den Bau einer Moschee in Ehrenfeld zu machen: Am 5. September zog die CDU erfolgreich durch die Schildergasse, um Unterschriften zu sammeln („Wir haben nichts gegen Juden, nur bitte nicht am Rathaus“). Das Kölner Bürgerbündnis demonstrierte Ende August auf dem anvisierten Bauplatz mit einer Luftballonaktion gegen den angeblichen Großbau mit seinen ungeheuerlichen 12 Metern Höhe. Die eher traditionell-links orientierte Neue Rheinische Zeitung stellte sich querfrontmässig auf die Seite der Gegner und schrieb – die Integrität des Fördervereins in Frage stellend – vom jüdischen „Luftgeld“.

Nach so viel Vorarbeit darf natürlich auch Pro Köln nicht abseits stehen und kündigte seine Unterstützung dafür an, den „wichtigen Entwurf für das Großprojekt“, den „riesigen Klotz“ im Bündnis mit der „Gesamtbevölkerung unserer Stadt“ verhindern zu wollen.

Mein Resümee: Auch wenn es für ein Jüdisches Museum in Köln im Moment so gut aussieht wie noch nie seit 20, 30 Jahren: In diesem Land, in dieser Stadt ist keine demokratische Errungenschaft auf Dauer sicher in den Händen derer da oben. Bitte werden Sie, werdet Ihr für den Bau und für die selbstbewusste Präsenz jüdischer Kultur tätig. Unterstützen Sie den Verein durch viele Mitgliedschaften und Spenden.

Und stellen sie sich quer. Stellt Euch möglicherweise heraufziehenden populistischen, antisemitischen Kampagnen und Versuchungen entgegen, das Jüdische Museum aus dem Zentrum der Stadt Köln doch noch zu verdrängen.